

Rede zur Haushaltssitzung der Erlanger Stadtrates 07.02.2013
Frank Höppel, ödp

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich zu Beginn meiner Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2013 bei unserer Kollegin Anette Wirth-Hücking für die konstruktive Zusammenarbeit während der Haushaltsberatung bedanken. Ebenso gilt mein Dank Herrn Dr. Ruthe, Herrn Lars Kittel und dem grünen Team aus Frau Susanne Lender-Cassens und Harald Bussmann, welche im Vorfeld unser Gesprächsangebot zum Haushalt 2013 aufnahmen.

Bereits in den vergangenen Haushaltsberatungen brachten die beiden Stadtratsgruppen ÖDP und FWG gemeinsam Anträge in die Haushaltsdebatten ein – im vergangenen Jahr stimmten wir – nachdem unsere Anträge Berücksichtigung fanden – dem Gesamthaushalt zu.

Unsere Anträge für 2013

Radwegenetz, Ausbau	+ 50.000 Euro
Mittelbereitstellung für die Einrichtung von Demenz-Wohngruppen (Modellprojekte) NEU	+ 75.000 Euro
Baukostenzuschuss f. Träger v. Altenpflegeeinrichtungen aufstocken um	+ 25.000 Euro
Sonderposten: Sportförderung „Kunstrasenplatz TV Tennenlohe“	+ 100.000 Euro
Fitnesspfad am Meilwald (Schülerprojekt CEG)	+ 7.500 Euro

Zum Stellenplan:

Eine Aufstockung bei der Jugendsozialarbeit an Grundschulen

Nachdem die von uns gewünschten Positionen im Haushalt zu finden sind, werden wir diesem unsere Zustimmung geben.

Einen Nachsatz dazu bezüglich der Erhöhung der Gewerbesteuer- und Grundsteuerhebesätze.

Die Einkommenssituation der Stadt ist zu verbessern. Das Brünlein „Treuhandkonto Röthelheimpark“, welches in den vergangenen Jahren stets zum „Löcher stopfen“ verwandt wurde versiegt. Der Sinneswandel, dass eine Gewerbesteueranhebung für einen konsolidierten Haushalt (leider) unbedingt nötig ist – dieser hätte schon vor einigen Jahren einsetzen müssen.

Da wir nicht über Leistungskürzungen den Haushaltsausgleich schaffen wollen, bleibt trotz Intervention von mehreren Wirtschaftsverbänden, keine andere Wahl.

Apropos Lobbyarbeit – die Verbände, welche die Erlanger Bürger vertreten, dass sollten ja wir – die gewählten Stadträte und somit Bürgervertreter sein. Was heißt, dass wir nach einer Erhöhung der Grundsteuer noch mehr darauf achten müssen, die Finanzen der Stadt und somit das Geld der Bürger sinnvoll, wirtschaftlich und gerecht zu verwalten. Dazu gehört es auch, Planungen – sei es von der Verwaltung oder seitens der Politik gewünscht und vorangetrieben auf Sinnhaftigkeit, Nutzen für die Allgemeinheit und Wirtschaftlichkeit zu überprüfen. Ich möchte als Beispiel den monatelang von vielen geforderten und sehr emotional überlagerten Hirsemannhallenausbau nennen. Diese 2,7 Mio. wären für mich eine sehr schwer zu schluckende Kröte im Haushalt gewesen. Glücklicherweise wird es wohl anders kommen.

Für die kommenden Jahre sehe ich einen großen Investitionsbedarf für die Stadt in den Bereichen Schulen, Infrastruktur, Klimaschutz UND in den Bereichen, in welchen der demographische Wandel die Kommunen zum baldigen Handeln ZWINGT. Wollen wir eine echte Entwicklung im Bereich Generationengerechtigkeit, muss die Stadt A deutlich aufzeigen, was für Ziele sie verfolgt und B entsprechende Maßnahmen selbst angehen oder zumindest unterstützen.

Mein Schlusssatz in diesem Redebeitrag, zum im Politikbetrieb (zum Beispiel Haushaltsreden) schon fast inflationär gebrauchten begriff *Nachhaltigkeit*:

Nur wenn man **Nachhaltigkeit** nicht als ökonomischen oder ökologischen Fachbegriff, sondern als ethisches Prinzip versteht, wird man ihr gerecht.

Für Ihre Aufmerksamkeit vielen Dank
Frank Höppel